

Mitglied des Kreistages Rotenburg (Wümme)
Bernd Wölbern
An der Ramme 3
27419 Wohnste
Fon: 04169-919333 (p)
Fax: 04169-909124 (p)
Mobil: 0170-27 22 246
Email: woelbern@web.de

Die
Fraktion
der 
im Kreistag
Rotenburg (Wümme)

Vorsitzender

19. Februar 2009

An die Redaktionen
der
Medien im Landkreis Rotenburg (Wümme)

RÜCKZUGSGEFECHE BEI DER CDU

SPD-FRAKTION KRITISIERT VORGEHEN DER MEHRHEITSGRUPPE SCHARF

Die jüngsten Verlautbarungen der CDU/FDP-Kreistagsgruppe in Sachen Rettungsdienst treffen bei den Sozialdemokraten im Kreistag auf wenig Verständnis. Fraktionsvorsitzender Bernd Wölbern wirft der Mehrheitsgruppe Aktionismus vor.

„Nach monatelanger Kompromissunfähigkeit heißt es nun ‚Köpfe runter und aus allen Rohren feuern‘. Anders kann man das wirklich nicht mehr beschreiben. Noch dazu macht offensichtlich mittlerweile bei CDU und FDP Jeder was er will.“, so der Wohnster.

Wenn nun mit viel Öffentlichkeit ein Vorstoß Richtung Landesregierung präsentiert wird, dann gehe es doch in erster Linie darum, die eigene politische Haut zu retten, so die SPD in einer Pressemitteilung.

„Nach sechs Monaten der Diskussion und sturen Festhaltens an einem umstrittenen Gutachten soll nun die Landesregierung das Niedersächsische Rettungsdienstgesetz ändern, weil die absolut sichere Mehrheit der CDU/FDP-Gruppe für das Gutachten an allen Enden des Landkreises wegbröseln. Nun soll die Landes-CDU den Kollegen vor Ort Beistand leisten, die mit der Einwohnerbefragung „eine nicht leichte Entscheidung in die Hand der Bürger gelegt“ (CDU-Chef Bargfrede) hat. Und begründet wird das Ganze dann noch mit dem Hinweis der Rettungsdienst-Initiativen, dass bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall jede Minute wichtig sein kann. Das ist doch ein geradezu zynisches Vorgehen.“ so der Karlsruhöfener Kreistagsabgeordnete Volker Kullik. Unterstützt wird Kullik von seinem Fraktions-Kollegen Klaus Dreyer aus Hassendorf: „Wenn denn schon eine Überprüfung des Rettungsdienstgesetzes ernsthaft gewollt ist, dann wäre der richtige Adressat für dieses Anliegen der Ministerpräsident gewesen und nicht der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion! Aber noch interessanter wäre es zu wissen, ob der Landrat in den Verhandlungen mit dem Landkreis Verden auch die Option der Versorgung von Ottersberg durch die Rettungswache Sottrum angesprochen hat, und wie die Antwort der Verdener hierzu war. Die Hausaufgaben sind zu Hause zu machen.“

Die Intervention beim Land sei, ebenso wie die Einwohnerbefragung eine Folge des öffentlichen Drucks. Und verständlicherweise bestehe in Kreisen der Bundestagskandidaten der CDU wenig Interesse, das Thema bis zur Bundestagswahl am Hals zu haben.

„Was bleibt dem Landrat aber auch übrig? Überall toben Rückzugsgefechte“ sagt Wölbern. „Zunächst dürfen zwei CDU-Abgeordnete schon mal im Kreistag gegen das Gutachten stimmen. Ein weiterer Kollege holt dieses Versäumnis in der Sitzung des Samtgemeinderates der Geestequelle nach. Die Aktionen der Tarmstedter CDU-Abgeordneten vermitteln ebenfalls wenig Sicherheit in der Sache. Dann folgt die einstimmige Ablehnung des Gutachtens durch die Kreis-FDP und die unvorteilhafte Beschlusslage des Landkreises Osterholz. Und zu allem Überfluss will nun auch noch die CDU in Sottrum unserem Antrag folgen und die Rettungswache vor Ort in eine 24-Stunden-Wache umwandeln. Da wurde es Zeit für die Flucht nach Vorne.“

Laut dem Buchholzer SPD-Abgeordneten Marcus Blanken war die vom Landrat ins Spiel gebrachte Einwohnerbefragung aber nie als Zeichen des Respekts vor dem Engagement der Bevölkerung gedacht. „Vielmehr sollte es den Bürgerinitiativen den Wind aus den Segeln nehmen

und dem Landrat als Befreiungsschlag dienen", glaubt er und wundert sich: „Auf einmal wird den Bürgern der nötige Sachverstand zugestanden über das Thema Rettungsdienst zu entscheiden. Dies aber auch nur unter der Bevormundung des Landrats, der die Frage bei der Einwohnerbefragung formulieren will. Ganz klar ist aber: Wenn das Bürgerbegehren der Initiativen ins Rollen kommt, hat dieses Vorrang und macht die Einwohnerbefragung so unnötig wie durchschaubar.“

Und selbst die Entscheidung, eine Einwohnerbefragung durchzuführen, gerät nach Auffassung der SPD-Fraktion nun im Nachhinein zum CDU-internen Zankapfel.

„Denn der Hinweis des Landrates, das Ergebnis der Befragung sei natürlich für die Kreistagsabgeordneten nicht bindend, wird umgehend vom Vorsitzenden der CDU/FDP-Gruppe mit dem Hinweis kassiert: Wer die Bürger fragt, muss ihre Antwort auch ernst nehmen und sie umsetzen. Einigkeit sieht anders aus.“ stellt Blanken abschließend fest.

Technischer Hinweis: 4.250 Zeichen mit Leerzeichen